

# Linth24-Mitarbeiter warten auf Löhne – Chef «weiss von nichts»

Mehrere Mitarbeiter der Online-Zeitung linth24.ch wurden Mitte Juli freigestellt. Einige warten seit Monaten auf ihren Lohn und erheben weitere Vorwürfe gegen Geschäftsführer Werner Jud. Nun nimmt Jud dazu Stellung.

Von Matthias Hobi

«Ich war mit diversen internen Angelegenheiten nicht zufrieden und habe deshalb Änderungen vorgenommen», erklärt Geschäftsführer Werner Jud. Deshalb wurde Mitte Juli der Chefredaktorin wie auch dem stellvertretenden Chefredaktor von linth24.ch gekündigt. Neben diesen beiden Festangestellten wurde auch zahlreichen freien Mitarbeitern telefonisch beschieden, dass man auf ihre Dienste künftig verzichte.

## Ultimatum nicht eingehalten

Auch Ruth Baumann\*, die seit Jahren bei linth24.ch arbeitete, wurde entlassen. «Noch immer sind sechs Monatslöhne ausstehend», so Baumann.

«Das ist mir nicht bekannt», meint Jud zum Vorwurf. Wohl könne es sein, dass einzelne Ungereimtheiten bestünden, doch von ausstehenden Lohnzahlungen wisse er nichts. Die betroffene Person solle sich doch telefonisch bei ihm melden.

Doch Ruth Baumann ist kein Einzelfall. Denn auch Vreni Müller\* wartet nach ihren Angaben seit Wochen auf ihr Gehalt. «Die Behauptung, er wisse von nichts, ist eine Unwahrheit», sagt Müller. Am 31. Juli habe ihr Anwalt mit dem Geschäftsführer telefoniert und diesem eine Frist von einer Woche eingeräumt, um die ihr zustehenden 2500 Franken zu überweisen. Eine Woche später stellte der Anwalt ein schriftliches Ultimatum. Doch Jud hat gemäss Müller auch drei Wochen nach der ersten mündlichen Frist noch nicht bezahlt.

## «Werde ihn betreiben»

Die beiden Journalistinnen sind entschlossen, für ihre Löhne zu kämpfen. «Ich werde ihn nun betreiben und alle Rechtsmittel einsetzen, um mein Geld zu erhalten», sagt Müller. Baumann will zuerst nochmals mit ihrem ehemaligen Chef sprechen. Falls dieses Gespräch nicht fruchte, werde sie ihn ebenfalls betreiben. «Denn sonst



Linth24 vor dem Aus? Am Freitag lächelten jedenfalls noch Lakers-Stürmer Berglund und Familie von der Online-Plattform für das Linthgebiet.

Bild Kathrin Hubli

macht er es immer wieder», ist Baumann überzeugt.

Die beiden Frauen sorgen sich vor allem auch um den Ruf der beiden Festangestellten. «Die haben sieben Tage die Woche geschuftet, und der Geschäftsführer warf ihnen mangelnden Einsatz vor. Ich bezweifle, dass er jemals wieder so fleissige Chefredaktoren findet», so Müller.

## Linth24-Relaunch geplant

Als Grund für die Freistellung nennt Jud interne Differenzen. Er wolle nicht stagnieren, und linth24.ch solle mehr werden als ein «Mitteilungsblatt». Geplant sei ein Relaunch der Online-Zeitung per Januar 2010. Dafür werde eine komplett neue Redaktion in sehr ähnlichem Umfang wie die bisherige gesucht. Die inhaltliche Neuausrichtung soll gemeinsam mit den neuen Festangestellten erarbeitet werden.

Auch sonst fallen dem aufmerksamen linth24.ch-Leser viele Verände-

runge auf. So wurde beispielsweise das Impressum von der Webseite entfernt. Laut Werner Jud, weil zu viele Änderungen fällig gewesen wären. Auch werden die eingesandten Artikel nicht etwa mit «eingesandt» sondern mit dem Namen des Absenders in der Autorenzeile publiziert. So wird etwa eine Polizeimeldung mit dem Namen Hans Peter Eugster, dem Mediensprecher der Kantonspolizei St. Gallen, gezeichnet. Und Kantonsrätin Marianne Steiner schreibt für linth24.ch über die SVP-Wandlung. Auch die Galerien sind nur noch über das Archiv zugänglich. «Dies, weil die Fotos nicht mehr aktuell sind», so der Geschäftsführer.

## Neue Gesellschaft im Thurgau

Am 17. Juli wurde die linth24.ch GmbH aus dem Handelsregister des Kantons St. Gallen gelöscht und in die impalina GmbH integriert. Wes-

halb die Nachfolgegesellschaft impalina GmbH in Frauenfeld (TG) beheimatet ist, wollte Jud nicht kommentieren.

\*Namen der Redaktion bekannt.

## Glarus24 teilt sich nur Auftritt und Server

Glarus. – Die Querelen um die Online-Plattform Linth24 tangieren die Glarner Ausgabe der Online-Plattform Glarus24 nicht, wie Edi Huber von der Glarus24-Redaktion auf Anfrage sagte. Die Macher von Glarus24 haben das Logo, das Layout und den Server von den Linth24-Machern übernommen – sind aber von der Linth24-Ausgabe unabhängig, wie Huber weiter ausführte. (cp)

## IN KÜRZE

**Verkehrsunfall.** Ein Autofahrer hat am Samstag in St. Gallen zu spät gemerkt, dass ein Motorradfahrer vor ihm abrupt abgebremst hatte. Er fuhr den Motorradlenker bei der Fürstentlandbrücke frontal von hinten an. Der Motorradfahrer stürzte daraufhin rückwärts auf die Motorhaube des Autos. Er musste mit unbestimmten Verletzungen ins Kantonsspital St. Gallen gebracht werden, wie die Stadtpolizei mitteilte. (sda)

**Selbstunfall.** Am Sonntagmorgen hat sich in Sevelen auf der Kantonsstrasse ein spektakulärer Selbstunfall ereignet. Der 22-jährige Lenker wurde schwer verletzt, wie die Polizei mitteilte. Er verlor infolge massiv überschätzter Geschwindigkeit die Herrschaft über sein Fahrzeug. Die ganze Unfallstrecke ist über 150 Meter lang. Das quer schleudernde Fahrzeug überschlug sich in der Folge auf der Hauptstrasse und kam in einer angrenzenden Wiese zum Stillstand. Die Fahrertüre wurde abgerissen. Diese prallte in fünf Meter Höhe an die Aussenfassade einer Liegenschaft, schrieb die Polizei in ihrer Mitteilung. (kapo)



## SO-Missen bei der Flammer Garage

Zu einem Kundenanlass wurden Ende letzter Woche die Miss-Südostschweiz-Finalistinnen eingeladen. Von den zehn Anwärterinnen kamen deren vier und posierten vor dem Auto, welches die Gewinnerin fahren darf. Am 5. September wird die schönste Frau der Südostschweiz gewählt.

Bild Samuel Trümpy

## LESERBRIEFE

### Mit einem Ja unsere Sozialwerke sichern

Bundesrat und Parlament schlagen eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer, eine befristete Übernahme der IV-Schuldzinsen durch den Bund und die Bildung eines eigenen IV-Fonds vor. Diese Massnahmen sind zwingend, um ein weiteres Anwachsen der IV-Schulden zu verhindern und die seriöse Erarbeitung einer langfristigen Sanierung der IV zu ermöglichen. Die Massnahmen sind jedoch nicht nur nötig, sondern für die Bevölkerung auch tragbar.

Die Abstimmungsvorlage sieht eine auf sieben Jahre befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer vor. Diese soll für die Jahre 2011 bis 2017 um 0,4 Prozent (normaler Satz), 0,2 Prozent (Sondersatz für Beherbergungsleistungen) und 0,1 Prozent (reduzierter Satz, z. B. für Lebensmittel) angehoben werden. Ende 2017 läuft die Erhöhung automatisch wieder aus, ohne dass es dafür noch eines besonderen Beschlusses bedarf.

Diese befristete Erhöhung wird der IV Zusatzentnahmen von jährlich rund 1,1 Milliarden Franken einbringen. Weil gleichzeitig vorgesehen ist, dass der Bund die Schuldzinsen der IV (im Betrag von 360 Millionen Franken jährlich) vollständig deckt, kann das voraussichtliche jährliche Defizit der IV von 1,4 Milliarden Franken gedeckt werden. Die IV-Schuld wächst somit bis Ende 2017 nicht weiter an.

Ein Nein zur befristeten Zusatzfinanzierung würde einen Scherbenhaufen hinterlassen: Blockierung des eingeschlagenen Weges zur Sanierung der IV, weiteres Anwachsen des Schuldenbergs, Bedrohung der AHV-Renten und massiver Abbau der IV-Leistungen für Menschen, die darauf dringend angewiesen sind. Ein Nein wäre in jeder Beziehung ein unverantwortlicher Entscheid für die Zukunft unserer Sozialversicherungen.

Ein Nein führt vorerst dazu, dass der Schuldenberg der IV von zurzeit 13 Milliarden Franken auch ab 2011 weiter wächst und sich jedes Jahr um weitere 1,5 Milliarden Franken erhöht. Damit überlassen wir den künftigen Generationen eine Hypothek, die kaum noch zu lösen ist. Dass Summen von 20 oder 25 Milliarden Franken jemals wieder über Versicherungsbeiträge getilgt werden können, ist ausgeschlossen. Eine derartige Schuldenwirtschaft zeugt von fehlender Verantwortung gegenüber künftigen Generationen.

Ein Nein führt dazu, dass die Trennung von AHV- und IV-Fonds verunmöglicht wird, die wachsenden Schulden der IV die Liquidität des AHV-Ausgleichsfonds sukzessive weiter reduzieren und früher oder später die Auszahlung der AHV-Renten in Frage gestellt wird. Wenn das Vermögen der AHV nur noch in uneinbringlichen Forderungen gegenüber der IV besteht, werden früher als vorgesehen auch bei der AHV Sanierungsmassnahmen nötig. Es darf nicht sein, dass unser wichtigstes Sozialwerk als Folge eines unverantwortlichen Entscheides zur IV in seiner Existenz bedroht wird.

Bei einem Nein wäre das im Rahmen eines sorgfältigen Prozesses erarbeitete Konzept zur «Sanierung der IV durch Förderung der Eingliederung» zerstört. Die Vorstellungen, wie es danach weiter gehen soll und kann, liegen weit auseinander. Die Suche nach neuen Lösungen würde viel Zeit in Anspruch nehmen und den Schuldenberg ungebremst weiter wachsen lassen. Ob ein neuer Weg gefunden werden könnte, der den Grundsätzen der Opfersymmetrie einigermassen gerecht wird und die nötige Akzeptanz findet, ist höchst ungewiss. Darum bringt nur ein überzeugtes Ja am 27. September die nötige Konstanz für eine nachhaltige Lösung.

Hans Peter Spälti, Landrat Netstal